

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
167 · Ausgabe BL·BS · Dezember 2016



Verantwortungslose Baselbieter Regierung

Im Jahr 2007 haben die Kantone Baselland und Basel-Stadt die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel im Univertrags beschlossen. Die Vereinbarung beinhaltet unter anderem, dass Fakultäten ins stadtnahe Baselbiet verlegt werden, Baselland Einsitz in der Hochschulkonferenz erhält und die Trägerschaft auf weitere Kantone erweitert wird.

Heute bezahlt der Kanton Baselland 169 Millionen Franken pro Jahr an die Universität. Einzelne an die Universität gebundene Leistungen, wie beispielsweise die universitäre Lehre und Forschung an den Unispitälern, werden bikantonal getragen. Jedoch gilt es anzumerken, dass gewisse Leistungen einseitig vom Kanton Basel-Stadt getragen werden, zum Beispiel die Weiterbildungen zum Facharzt im Unispital.

Aufgrund der Misswirtschaft des rechtskonservativen Lagers im Baselbiet steht es schlecht um dessen Finanzhaushalt. Um finanziell besser dazustehen, stellen die Abbaupolitiker von FDP und SVP die gemeinsame Trägerschaft der Universität



Sarah Wyss, Grossrätin SP BS



Jan Kirchmayr, Landrat SP BL und Student

in Frage. So möchten sie gemäss Finanzstrategie des Kantons Baselland ab 2019, nach Auslaufen des Millionen-Deals mit Basel-Stadt, 25 Millionen Franken weniger für die Universität ausgeben. Nachdem im September 2015 im Landrat ein Postulat der SVP überwiesen wurde, welches die Neuverhandlung des Univertrags fordert, schwebt die Universität im luftleeren Raum.

Im Oktober 2016 wurde bekannt, dass mehrere vakante Professuren nicht wiederbesetzt werden sollen. Als Grund wurden die Abbaupläne des Kantons Baselland genannt. An der Universität Basel absolvieren fast 13 000 Studierende ihr Studium und lehren fast 400 Professorinnen und Professoren. Eine Universität dieser Grösse braucht zuverlässige Partner und Planungssicherheit. Dass nun mehrere Professuren wegen der unseriösen, verantwortungslosen und schädlichen Politik der rechtskonservativen Parteien im Baselbiet nicht besetzt werden können, schadet nicht nur den Studierenden, sondern dem Bildungsstandort Nordwestschweiz als Ganzes. Inwie-

fern kann das Baselbiet noch als zuverlässiger Partner wahrgenommen werden, wenn es sich zuerst jährlich 20 Millionen Franken vom Stadtkanton überweisen lässt und danach den Vertrag trotzdem neu verhandeln will? Wie weit kann die Region Basel mit ihrer Universität noch ein Leuchtturm sein, wenn mit rechtskonservativen Spielchen Universität und Forschung torpediert werden?

Dieser Umstand hat uns dazu bewegt, sowohl im Landrat als auch im Grossen Rat eine Interpellation einzureichen. Wir fragen unter anderem, welche Professuren neu zu besetzen sind und welche davon vakant gelassen werden, ob der Regierungsrat der Universität wieder eine Planungssicherheit zu gewährleisten gedenkt und ob bereits anderweitige Personalabbaumassnahmen aufgrund der Planungsunsicherheit ergriffen wurden. Die Antworten sind etwa auf Februar zu erwarten. Wie sich die Baselbieter Regierung äussern wird und ob sie bereit ist, verantwortungsvoll zu handeln, ist offen. Wir sehen der Sache mit Spannung entgegen.

USR III – 3 mal NEIN!

DIE USR II SITZT NOCH ALLEN IN DEN KNOCHEN: 2008 HATTE DIE SP DAGEGEN GEKÄMPFT UND GANZ KNAPP VERLOREN. IM NACHGANG ZUR ABSTIMMUNG RÜGTE DAS BUNDESGERICHT DIE FALSCHEN ZAHLEN IM ABSTIMMUNGSBÜCHLEIN. MILLIARDENAUSFÄLLE WAREN VON BUNDESRAT MERZ VERSCHWIEGEN WORDEN!



Kathrin Schweizer

Am 12. Februar 2017 kommt die dritte Reform der Unternehmenssteuer vors Volk. Es ist unbestritten, dass das Holdingprivileg abgeschafft werden muss. Aber die rechtskonservative Mehrheit im Bundesparlament hat die Vorlage des Bundesrats zu einem Steilpass für Steuersenkungen für die Unternehmungen umgebaut. Wir erwarteten eine kostenneutrale Umsetzung. Jetzt resultieren 1,3 Mia. weniger Steuereinnahmen für den Bund. Was die Umsetzung für die Kantone und Gemeinden bedeutet, ist erst für ein-

zelne Kantone bekannt. Klar ist aber jetzt schon, dass der Bund die Einnahmeausfälle mit Reduktionen bei der Prämienverbilligung, einem Abbau bei der Bildung und beim öffentlichen Verkehr etc. ausgleichen wird.

Im Kanton Basel-Landschaft hat die Regierung im August 2016 erst angedeutet, wie die Umsetzung aussehen soll. Die Auswirkungen sind schlimm genug. So werden in der Kantonskasse fast 50 Mio. fehlen, bei den Gemeinden 30 Mio. Das sind riesige Beträge. Erst recht in einem Kanton, der aus finanziellen Gründen die Löhne beim Personal kürzt, die Prämienverbilligung reduziert, den Zollieneintritt für die Schülerinnen und Schüler und die Zahnputzinstruktionen streicht. Sicher ist: Die Steuergeschenke für die Unternehmen würden zu weiteren harten Abbaumassnahmen führen.

Auf Ebene der Gemeinden sieht es mindestens ebenso düster aus. Denn hier gibt es keine Kompensationsbeiträge des Bundes. Die Gemeinde Muttenz rechnet mit 2 Mio., Liestal mit 1,3 Mio., Aesch mit 0,7 Mio. weniger Einnahmen. In Allschwil sind es gar 4,9 Mio., die in der Kasse fehlen werden. Doch nicht nur die finanzstarken Gemeinden werden die USR III spüren. Da die Gebergemeinden weniger zum Finanzausgleich beitragen können, erhalten auch die Nehmergemeinden weniger Ausgleichszahlungen.

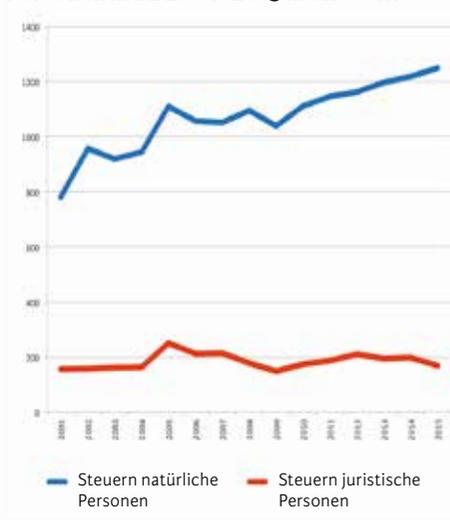
Es wird nicht möglich sein, diese Ausfälle bei Bund, Kanton und Gemeinden durch kleine Korrekturen bei der laufenden Rechnung zu kompensieren. Solche Beträge können nur mit massivem Abbau und/oder mit Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Das bedeutet, dass die Privatpersonen, die kleinen und mittleren Einkommen die Löcher stopfen müssen. Wir bluten gleich doppelt: Denn es wird nicht nur bei der Bildung, den Prämienverbilligungen und dem öffent-

lichen Verkehr gekürzt. Wahrscheinlich bezahlen wir alle auch noch höhere Steuern.

Damit zeigt sich die Strategie der Rechtskonservativen bei der Steuerpolitik einmal mehr: Die Steuern für die Unternehmen werden gesenkt und die privaten Haushalte tragen eine immer grössere Last, wie das schon in den letzten Jahren gewesen ist (siehe Grafik). Die Staatsaufgaben werden immer mehr von den natürlichen Personen getragen, während sich die juristischen Personen aus der Verantwortung stellen.

Deshalb braucht es zur Unternehmenssteuerreform III am 12. Februar ein dreifaches Nein. Ein Nein, weil der Bund schon ohne diese zusätzlichen Einnahmenverluste ein Sparpaket schnürt. Ein Nein, weil die Kantone unnötig in einen verschärften Steuerwettbewerb geschickt werden. Und ein Nein, weil die Steuergeschenke für die Unternehmen auch die Gemeinden, als letzte in der Kaskade, zu weiteren, harten Abbaumassnahmen bei Bildung, Kultur, Sport usw. zwingen würden.

Steuern von natürlichen und juristischen Personen in BL 2001–2015 in Mio. CHF



DREIKÖNIGSTREFFEN IN MUTTENZ 8.1.2017



Am Dreikönigstreffen 2017 in Muttenz wird Alt-Regierungsrat Peter Schmid sich mit Barbara Gysi unterhalten. Eine gute Gelegenheit, die St. Galler Nationalrätin und Vizepräsidentin der SP Schweiz kennenzulernen.

Sonntag, 8. Januar 2017, 10 Uhr, Schulhaus Donnerbaum Muttenz

AGENDA SP BL

- Sonntag, 8. Januar 2017, 10 Uhr
Dreikönigstreffen der SP Muttenz mit Barbara Gysi.
Aula Schulhaus Donnerbaum, Schanzweg 20, Muttenz
- Mittwoch, 18. Januar 2017, 19.30 Uhr
Delegiertenversammlung
röm.-kath. Kirchgemeindezentrum, Margarethenstrasse 32, Binningen
- Sonntag, 12. Februar 2017
Abstimmungssonntag

weitere DV-Daten:

- Samstag, 18. März 2017 (GDV, Sissach); Donnerstag, 16. August 2017 (Birsfelden); Mittwoch, 18. Oktober 2017
- weitere Abstimmungssonntage:
 - Sonntag, 21. Mai 2017; Sonntag, 24. September 2017; Sonntag, 26. November 2017
- Parteitage:
 - Fr–So, 7.–9. April 2017 (Bildungswochenende); Samstag, 20. Mai 2017, Samstag, 28. Oktober 2017

Basel bleibt rot-grün



Helmut Hubacher

Es gibt ein hübsches Bonmot: «Auf deine Gegner kannst du dich verlassen.» Liberale, FDP und CVP vollzogen erstmals mit der SVP den Schulterschluss, um gegen Rot-Grün die politische Wende herbeizuführen. Das Linksbündnis hat den «Match» vom 23. Oktober 2016 klar gewonnen. Die Kampfansage hat gezeigt, es hat beim Volk starken Rückhalt und grosses Vertrauen.

Das Team von Präsidentin Brigitte Hollinger hat schon 2015 bei den eidgenössischen Wahlen mit einem guten Wahlkampf brilliert. Und jetzt wieder. Das ist das Resultat von erfolgreicher Politik und viel Frauenpower.

Rot-Grün holte die Mehrheit im Rathaus vor zwölf Jahren. Die Bürgerlichen hinterliessen eine Schuldenwirtschaft. Rot-Grün hat den Finanzhaushalt saniert und zwölf schuldenfreie Jahre hingelegt.

Die Schuldenbauern von einst versprochen, alles besser machen zu wollen. Wer nach Liestal schaut, dem wird angst und bange. Dort regieren sie allein, ohne SP, die Rechtsparteien. Mit grösstmöglichem Misserfolg. Ich mag mich gar nicht mehr erinnern, wann sie eine wichtige Abstimmung gewonnen haben. Ohne SP heisst es: Rien ne va plus.

In der SP werden Erfolge gerne relativiert. Ja mit Lob nicht etwa übertreiben. Die Grande Dame der Basler Partei, Linda Stibler, bestätigt es: «Den Linken fehlt der Biss» (Schweiz am Sonntag, 27.11.2016). Es fehle der

Mumm, zum Beispiel die Pharmakonzerne wegen ihres «wahnwitzigen Wettbewerbsdenkens» zurechtzuweisen. Der für Wirtschaft zuständige SP-Regierungsrat Christoph Brutschin kann den Kapitalismus nicht abschaffen. Leider. Sein Job ist es, lokale Politik zu machen, nicht globale. Für die Wirtschaft also gute Standortbedingungen anzubieten. Damit sie Arbeitsplätze garantiert.

Den Bürgerlichen passt eh nicht, wie gut die massgeblichen Führungsleute der Wirtschaft mit der rot-grünen Regierung zusammenarbeiten. Das ist in ihrem Gebetbuch ein bürgerliches Privileg.

«Macht korrumpiert», behauptet Linda Stibler im gleichen Interview. Laut Duden bedeutet Macht «Einfluss». Ohne den wäre Politik brotlose Kunst. Eva Herzog hätte ihrer Meinung nach nicht mehr kandidieren dürfen. Zwölf Jahre in der Regierung seien genug. Der Vorwurf, sonst werde man korrumpiert, ist unhaltbar. So dürfen wir in der SP

nicht miteinander umgehen.

Rot-Grün hat für weitere vier Jahre das Ticket bekommen. Ich solle mir, so der Wunsch, Gedanken über die nächste Zukunft machen. Meine Kompetenz ist es nicht, ein Aktionsprogramm zusammenzuschustern. Ich versuche es auf meine Art.

Wer Rot-Grün wählte, hat Erwartungen. Darf sie haben. Er oder sie sollte sich über seine, ihre Wahl nicht reuig sein müssen. Schön wäre, fast schon stolz auf meine Regierung, aber wenigstens zufrieden mit ihr zu sein. Wenn sie das erreicht, hätte sie gute Politik gemacht. Die wiederum ist der Garant für die Fortsetzung der Erfolgsstory.

Mein Traum, seit ich in Basel lebe, und das sind 70 Jahre: Ein Bürgerbüro, eine zentrale Information, die mich durch den Dschungel der öffentlichen Verwaltung führt und erste Auskünfte erteilt. Stationiert in der Hauptpost. Die ja offensichtlich auf ein paar Schalter verzichten kann.



AGENDA SP BS

- 23.–30. Dezember 2016
Sekretariat geschlossen
- Mittwoch, 4. Januar 2017, 20 Uhr
Parteivorstand
Gewerkschaftshaus, Grosser Saal
- Montag, 23. Januar 2017, 20 Uhr
Delegiertenversammlung zur Bürgerratswahl 2017
Volkshaus Basel, 1. Stock
- Sonntag, 12. Februar 2017
Abstimmungssonntag
- Donnerstag, 27. April 2017
Jahres-Delegiertenversammlung,
Volkshaus Basel, Unionssaal
- Sonntag, 21. Mai 2017
Bürgerratswahlen Basel

AUS DEM GROSSEN RAT

Mit Zuckerbrot und Peitsche gegen fossile Heizungen

DAS NEUE ENERGIEGESETZ IST UNTER DACH. ROT-GRÜN UND BÜRGERLICHE EINIGTEN SICH AUF EINEN KOMPROMISS. BASEL-STADT VERABSCHIEDET NACH DEM ATOMSTROM AUCH DIE FOSSILEN ENERGIEN.



Ruedi Rechsteiner
alt Nationalrat und
Grossrat SP

Bisher galt bei der Installation einer neuen Heizung, dass die Warmwasseraufbereitung zur Hälfte mit erneuerbarer Energie erfolgen muss. Dies brachte über den Gesamtverbrauch einen erneuerbaren Anteil von 10 Prozent – viel Aufwand bei wenig Ertrag.

100 % erneuerbar statt 2000-Watt-Gesellschaft

Das neue Gesetz operiert mutiger. Wer die Heizung auf erneuerbare Energie umstellt, darf alle weiteren Sanierungsmassnahmen

aufschieben, bis altersbedingt eine Gesamtsanierung fällig ist. Für Neubauten muss der Wärmeverbrauch «nahe bei Null» liegen, was mit Photovoltaik und guter Isolation erreicht wird.

Sauberer Strom lässt sich heute nahezu unbegrenzt beschaffen – und ist inzwischen sogar billiger als Strom aus Kohle, Gas oder Atom. Basel-Stadt setzt deshalb neu auf CO₂-freie Heizenergieträger. Gasheizungen und Ölheizungen sollen verschwinden. Sie werden formell zwar nicht verboten. Aber bei finanziell attraktiveren Alternativen – wo Hausbesitzern und Mietern keine Mehrkosten entstehen – sind sie nicht länger rentabel. Damit dies geht, sieht das Gesetz Folgendes vor:

- Als «erneuerbar» sind Fernwärme, Holz, oder Wärmepumpen zulässig.
- Stromverbrauch aus nichterneuerbaren Energien wird kantonsweit verboten. IWB-Strom ist schon heute zu 100 % erneuerbar.

- Die Lenkungsabgabe auf Strom für Wärmepumpen wird abgeschafft.
- Die Fernwärme wird ab 2020 zu mindestens 80 % CO₂-neutral betrieben. Erdgas dient nur noch als Puffer.
- Dieser Umbau ist wirtschaftlich, weil dank der CO₂-Abgabe neu 30 statt bloss 12 Mio. Franken Fördermittel bereitstehen.

Elektro-Fahrzeuge statt Benzinsauger

Bleibt noch «erneuerbar» im Verkehr. Es werden Motionen kommen für einen Rahmenkredit für mindestens 500 öffentliche Parkplätze mit Stromtankstelle. Auch eine Motion für die Versorgungssicherheit mit Schnell-Ladestationen ist unterwegs. Im Januar werden die Motorfahrzeugsteuern für Elektro-Fahrzeuge halbiert.

Rot-grün funktioniert: Saubere Luft, weniger Lärm, Klimaschutz – eine echte Revolution. Wir bleiben dran.

EIN DANK AN JACQUELINE KISS UND AN ANDREAS BRUNNER

von Regula Meschberger

Während 30 Jahren stand Jacqueline Kiss im Dienst der Baselbieter Justiz: 1986 wurde sie Oberrichterin und bereits 1990 wurde sie zur a. o. Obergerichtspräsidentin gewählt. 1998 erfolgte dann die Wahl zur Strafgerichtspräsidentin. Jacqueline Kiss hat seither die Arbeit und die Entscheidungen des Strafgerichtes wesentlich mitgeprägt. Es war ihr immer wichtig, alle Aspekte einer Straftat in Verbindung zur Persönlichkeit des Täters zu bringen und so zu einem Urteil zu kommen, das auf die Schwere der Tat Bezug nimmt und die besonderen Umstände, die dazu geführt haben, berücksichtigt. Dabei hat sie nie die Situation und die Folgen der Tat für das Opfer aus den Augen verloren. Jacqueline Kiss hat sich Urteile nie einfach gemacht. Für sie war immer wichtig, die mögliche Resozialisierung von Tätern miteinzubeziehen. Dazu gehörten auch intensive Überlegungen zum Thema «Verwahrung» und «lebenslange Verwahrung». Damit hat sie sich auch in interkantonalen Gremien befasst und sich durch ihren sorgfältigen Umgang mit dem Thema einen Namen gemacht.

1997 wurde Andreas Brunner, von Beruf Anwalt, zum ausserordentlichen Vizepräsidenten des Versicherungsgerichts gewählt. 1998 wurde er Richter des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts, und 2001 erfolgte

die Wahl zum Vizepräsidenten des Kantonsgerichts und zum Präsidenten der Abteilung Sozialversicherungsrecht. Von 2008–2015 präsidierte er das Kantonsgericht. Auf Ende 2016 tritt er nun auch als Präsident der Abteilung Sozialversicherungsrecht zurück. Andreas Brunner ging es darum, Recht zu sprechen, um der Willkür einen Riegel zu schieben und um dafür zu sorgen, dass die Entscheidungsgremien Anträge und Fälle sorgfältig und umfassend prüfen. Gleichzeitig war es ihm wichtig, Missbräuche aufzudecken, damit gesellschaftliche Errungenschaften im Sozialversicherungsbereich nicht gefährdet werden. Als Präsident des Kantonsgerichts waren ihm die gute Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung und die Transparenz und der Einbezug aller in die Entscheidungen stets ein grosses Anliegen.

Mit Jacqueline Kiss und Andreas Brunner verlassen zwei prägende Menschen die Baselbieter Justiz. Die SP Baselland dankt den beiden für ihr grosses Engagement und für die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung und den verschiedenen Arbeitsgruppen.

Regula Meschberger ist Landrätin und Gemeinderätin in Birsfelden